

OPTIMIERUNGSMÖGLICHKEITEN DER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE

Warnfried Dettling

Das Thema ist pragmatisch gestellt. Es fragt nach Optimierungsmöglichkeiten: Wo und wie kann die christliche Demokratie – konkret: die CDU – besser werden, und zwar nicht abstrakt, sondern in der heutigen Zeit, unter den gegebenen Umständen. Das Thema idealisiert keinen früheren Zustand und stimmt auch nicht in eine verbreitete Krisenrhetorik ein nach der Melodie: Krise der Volksparteien und Niedergang der CDU.

NICHT NIEDERGANG, SONDERN ÜBERGANG

Das sind wichtige Hinweise. Die Parteien, allen voran die CDU, befinden sich *nicht im Niedergang, sondern im Übergang* in eine andere Zeit, in eine andere Gestalt, in andere Beziehungen nach innen wie nach außen. Volksparteien wie in den 1970er Jahren wird es nicht mehr geben. Damals haben Union und SPD bei zwei aufeinander folgenden Bundestagswahlen, 1972 und 1976, zusammen jeweils über 90 Prozent der Stimmen erhalten, und das bei einer Wahlbeteiligung von jeweils wiederum über 90 Prozent. Nicht nur was die Parteien betrifft, sondern auch in anderer Hinsicht (zum Beispiel Kirchenbindung oder Organisationsgrad der Gewerkschaften) hatte die Gesellschaft der alten Bundesrepublik damals den Gipfel der sozialen Integration erreicht.

Es macht keinen Sinn, die Optimierungsmöglichkeiten der CDU an vergangenen Zuständen zu messen. Auch die Personen von damals würden mit der Politik von damals die Erfolge von damals nicht wiederholen. Eine Partei, die sich unrealistische Ziele setzt, produziert zwangsläufig ihr eigenes Scheitern. Eben deshalb ist es wichtig, *nicht* von einer Krise der Volkspartei zu sprechen. Eine Krise kann man überwinden und dann ist es wieder wie vorher, der Status quo ante ist wiederhergestellt. Das genau ist nicht möglich. Gerade bei einer konservativen Partei liegt die Rettung nicht in der Vergangenheit.

REICHWEITE UND AUSSTRAHLUNG

Möglich und auch nötig ist es hingegen für die CDU, ihre Reichweite zu erweitern und ihre Ausstrahlung zu verbessern. Wenn ihr das gelingt, hat sie gute Chancen als einzige Volkspartei in Deutschland zu überleben, jedenfalls im Bund und in nicht wenigen Bundesländern. Die Voraussetzungen dazu sind nicht schlecht. Die CDU war von Anfang an und ist bis heute eine *undogmatische* Partei. Sie hat mit dem gesellschaftlichen *Pluralismus* weniger Probleme als die SPD. Und sie ist eine auf eine schwer zu beschreibende Art *wertorientierte* Partei: Während das sozialistische Erbe auch noch in verdünnter Form mögliche Antworten und Lösungen der SPD einengt oder gar verbietet, konzentriert sich das christliche Erbe der CDU eher auf die Begründung der Politik, ohne konkrete Antworten vorzuschreiben oder auszuschließen. Die CDU kann sich im politischen Alltag freier bewegen als die SPD. Sie ist auch keine Partei, die in der Regierung ein notorisch schlechtes Gewissen hat, ihr „eigenliches“ Programm zu verraten.

Undogmatisch, pluralistisch, wertorientiert: Das sind ganz gute Voraussetzungen für eine Partei in diesen Zeiten, um ihre Reichweite und ihre Ausstrahlung zu verbessern. Dabei geht es vor allem um eines: Die Menschen müssen sich mit ihren Lebenswelten in den Politiker- und Parteiwelten wiederfinden. Das ist gegenwärtig nur begrenzt der Fall. Beide stehen sich oft genug fremd gegenüber. Diese Entfremdung zwischen Lebenswelten und Politikerwelten ist keineswegs nur den Politikern oder den Parteien geschuldet, sie hat gleichsam „objektive“ Gründe, und das macht die Therapie so schwierig. Zu den wichtigsten objektiven Gründen der Entfremdung gehören die Sachlogik, die Machtlogik und die Kommunikationslogik.

SACHLOGIK, MACHTLOGIK, KOMMUNIKATIONSLOGIK

Die notwendige *Sachlogik* bringt es mit sich, dass auch Politik arbeitsteilig und in bürokratischen Formen „hergestellt“ wird. Während in den prägenden Jahren der CDU und der alten Bundesrepublik die großen Alternativen einfach und klar waren, sind die politischen Materien jetzt nicht nur bei der Reform des Sozialstaates oder in der Klima- und Umweltpolitik schwierig und komplex. Die legitime *Machtlogik* bringt es mit sich, dass Personen und Parteien an ihre – aus verschiedenen Gründen immer prekärer werdende – Wiederwahl denken, was das gesamte politische Geschehen kontaminiert und die Bürger nicht eben erfreut. Und schließlich machen es der Druck und die Zwänge der *Kommunikationslogik* immer schwieriger, politische Ziele und Zusammenhänge zu erklären; sie müssen mediengerecht serviert und das heißt in kurzen Statements (Schlagworten) präsentiert werden.

Eine politische Partei wie die CDU ist diesen Zwängen keineswegs hilflos ausgeliefert. Bevor sie freilich über Gegenstrategien nachsinnen kann, ist es ganz und gar unerlässlich, dass sie sich darüber Rechenschaft ablegt, inwieweit sie selbst durch die Art und Weise ihrer inneren Organisation zu der Entfremdung zwischen Politik und Lebenswelt beiträgt.

DIE STRUKTURPRINZIPIEN SIND NICHT MEHR ZEITGEMÄSS

Es gibt vier Strukturprinzipien, welche die Entfernung zwischen Partei und Bürgern vergrößern:

Da ist einmal das *Territorialprinzip* (Ortsgruppe, Ortsverband). Es hat zur Folge, dass Menschen zusammenkommen, die nichts miteinander gemeinsam haben, außer dass sie zufällig am gleichen Ort leben. Kommen sie dann in den Sitzungen zusammen, nehmen notwendig *formale Aspekte* der innerparteilichen Demokratie (Wahlen zum Schriftführer oder zum Delegierten für einen Parteitag oder dergleichen) einen breiten Raum ein, was viele Mitglieder nur mäßig interessiert. Sie sind ja Mitglied geworden, weil sie sich für Politik interessieren.

Gremiensitzungen privilegieren schließlich in allen Parteien die so genannten „*Zeitreichen*“, also jene Parteimitglieder, die Zeit haben oder von ihrem Beruf her abkömmling sind für lange Sitzungen am Abend, und sie diskriminieren jene, die viel zu tun haben, etwa Selbständige oder auch

Mütter. Schließlich erfüllen die *Vereinigungen* ihre Doppelfunktion immer weniger, nämlich Transmissionsriemen der Partei in die Gesellschaft und der Gesellschaft in die Partei zu sein. Über die Gründe muss hier nicht spekuliert werden: Es fehlen zum einen Menschen, die diese Vermittlung leisten könnten, und die Vereinigungsstruktur spiegelt eine vergangene Gesellschaft und nicht die heutige Lebens- und Arbeitswelt der Menschen wider. Parteien müssen aufpassen, dass sie nicht – ganz oder in Teilen – zum Museum werden.

Es hat also seine Gründe, dass Parteien heute als eine eigene Welt erlebt werden. Diese Gründe lassen sich nicht einfach durch guten Willen aus der Welt schaffen. Aber eine Partei wie die CDU kann sich auf die neue Lage einstellen.¹ Drei Hinweise sollen andeuten, was gemeint ist:

Bypässe legen: Wenn die Arterien zwischen Partei und Gesellschaft nicht mehr hinreichend leistungsfähig sind, könnte man daran denken, „Bypässe“ zu legen. So könnte die Funktion, Ideen zu entwickeln und Themen in der Öffentlichkeit zu setzen, von Think-Tanks unterstützt werden, die in der richtigen Mischung aus Distanz und Nähe zur Partei das öffentliche Meinungsklima beeinflussen und einen notwendigen Politikwechsel ideenpolitisch vorbereiten könnten. Solche Think-Tanks entstehen nicht von selbst; eine Partei muss sie wollen, pflegen und unterstützen. Positive Beispiele dafür gibt es in Großbritannien (Demos, *New Labour*) und in den Vereinigten Staaten von Amerika, negative Beispiele finden sich rund um die Agenda 2010, wo der zum Erfolg notwendige politisch-intellektuell-öffentliche Prozess nirgendwo stattgefunden hat. Aber auch die Vor- und Nachbereitung der Leipziger Beschlüsse der CDU konnten in dieser Hinsicht nicht befriedigen. *Bypässe legen* bedeutet, die Konsequenz ziehen aus der Erkenntnis: *Es muss nicht alles in einer Partei geschehen, worauf eine Partei für ihren Erfolg nicht verzichten kann.*

Personen mit Politik und Politik mit Personen verbinden: Die CDU hat in Deutschland eine große Anzahl an (Ober-)Bürgermeistern, Landräten, Landesministern. Viele von ihnen machen ohne Zweifel gute Arbeit, aber wenn sie über ihr jeweiliges Territorium hinaus bekannt sind, dann (fast) durchweg als individuelle Personen, ohne jeden Zusammenhang zur CDU. Es gab Zeiten, da hatten Landesminister eine bundesweite Ausstrahlung und haben das Ansehen der gesamten CDU gemehrt. Man erinnert sich bis heute an die Kabinette von Helmut Kohl in Rheinland-Pfalz aus den 1960er und 1970er Jahren. Warum gibt es heute nichts Vergleichbares,

sondern allenfalls bemerkenswerte Ausnahmen? Auch von Seiten der Bundespartei scheint wenig zu geschehen, um erfolgreiche Kommunalpolitiker bundesweit bekannt zu machen und sich mit deren Profilen und Erfolgen zu schmücken. Die CDU ist wahrscheinlich eine vielfältigere und interessantere Partei als manche Debatten vermuten lassen. Eine Partei zu optimieren heißt auch, *sie in ihrer bunten Vielfalt sichtbar werden zu lassen.*

Die Partei als Akteur in der Zivilgesellschaft: Zu den positiven Entwicklungen gehört seit längerer Zeit das Entstehen von zivilgesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Aktivitäten. Die CDU hatte und hat gute Kontakte zu den traditionellen Vereinen und Verbänden und zu dem, was manche gerne den „vorpolitischen Raum“ nennen. Das ist gut und schön und wenig ist dagegen zu sagen, solange die politische Optik auf die Gesellschaft nicht – im wörtlichen Sinne – beschränkt bleibt: Es tut sich viel in der Gesellschaft, und man hat das Gefühl, die CDU nimmt vieles davon gar nicht zur Kenntnis. „Ich wusste gar nicht, was es alles gibt in unserer Stadt“, hat ein CDU-Bürgermeister einmal im Grußwort auf einer Selbsthilfetagung sichtlich überrascht bekannt. Deshalb lautet die eine Erkenntnis: Caritas, Pfarrgemeinde, Sportverein und Freiwillige Feuerwehr sind nicht zu vernachlässigen, aber sie sind nicht die ganze lokale Gesellschaft. Und die andere Erkenntnis heißt: Wer nach wie vor vom „vorpolitischen Raum“ spricht, weiß nichts vom Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der Akteure in der Zivilgesellschaft. Es geht nicht nur darum, dass die CDU präsent sein muss auch in den neuen Formen der Vergesellschaftung, sondern dass sie dort nicht offiziell als Partei, sondern über einzelne Personen (früher hätte man gesagt: Honoratioren) aktiv und initiativ mitmacht. Wenn dann später bekannt wird, dass es ein CDU-Mitglied war, das diese Elterninitiative oder jenen Pflegekreis ins Leben gerufen hat, um so besser für die CDU, denn *eine Partei empfiehlt sich nicht (nur) durch Beschlüsse, Resolutionen und andere Texte, sondern durch das soziale Engagement ihrer Mitglieder auf Gebieten, die die Leute wirklich interessieren.*

Parteien müssen immer auch Dinge tun, die in der Öffentlichkeit nicht gerade ihre Faszination erhöhen, so zum Beispiel formale Notwendigkeiten der innerparteilichen Demokratie erledigen oder – zumal in Wahlkämpfen – polarisieren und vereinfachen. Umso mehr müssen sie systematisch überlegen, wie sie die Kluft zwischen sich und den Wählern überbrücken können. Die CDU sollte den Menschen weniger als polarisieren-

der Macht- und Regierungsapparat in einer Schwarz-Weiß-Kommunikation gegenüberstehen und ihnen mehr in der Rolle eines Treuhänders begegnen, der sich um ihre Anliegen, Sorgen und Hoffnungen kümmert und diese Sorgen und Hoffnungen zu den eigenen macht – als Bündnispartner der Menschen, der gemeinsam mit allen, die guten Willen haben, die Dinge zum Besseren zu wenden versucht.

„POLITICS OF COMMITMENT“ – INTEGRATION DURCH WERTE UND ZIELE

Damit ist der wichtigste Punkt angesprochen. Es geht um die Maxime für die politische Kommunikation der zentralen Botschaft. Wo soll sie ansetzen? Antwort: *Bei Werten und Zielen, und nicht bei Mitteln und Wegen*. Die entscheidende Frage aus der Sicht der Bürger ist allerdings nicht die Beschwörung von Werten, sondern der glaubwürdige Eindruck, dass sich die CDU erfolgreicher als andere darum kümmert und die Menschen dazu einlädt, mit ihr gemeinsam für diese Werte und Ziele zu arbeiten.

Dabei ist es entscheidend, dass jede eindimensionale Rhetorik vermieden wird; sie entspricht nicht den Wünschen der Menschen und widerspricht dem breiten Integrationsansatz einer Volkspartei. Die Menschen wollen, dass es wirtschaftlich aufwärts geht und dass es gerecht zugeht im Lande. Sie wollen, dass Städte und Umwelt lebenswert bleiben – und ein attraktiver Standort für die Wirtschaft. Sie wollen, dass man Kinder und Familie haben kann, ohne auf den Beruf verzichten zu müssen. Sie wollen Sicherheit und Zusammenhalt in der Stadt, in der Gesellschaft, aber nicht gegen die Hälfte der Stadtbevölkerung, die einen Migrationshintergrund hat (wie etwa in Stuttgart).

In einer Gesellschaft, die immer vielfältiger wird, in einer Zeit, in der die politischen Fragen angesichts von öffentlichen Haushalten, die die Mittel zur materiellen Befriedung durch Wahlgeschenke nicht mehr so ohne weiteres zur Verfügung stellen, immer komplizierter werden, verspricht eine Strategie, die man *Politics of Delivery* nennen könnte, nur noch begrenzten Erfolg. Damit sind Beziehungen zwischen Politik und Wählern, Partei und Öffentlichkeit nach dem Muster gemeint: Wir versprechen Euch. Ihr wählt uns. Danach liefern wir. Dieses Muster war in der Vergangenheit verbreitet und nicht ohne Erfolg. Nachhaltige Erfolge lassen sich nach diesem Muster in Zukunft jedoch nicht mehr erzielen, da wichtige Voraussetzungen entfallen sind. Alle Politik hat heute und in Zukunft damit zu tun, wie man welche Werte verwirklicht.

Ein Dialog zwischen der CDU und den Wählern könnte nach folgendem Muster ablaufen: Das sind unsere Werte, unsere Ziele, die wir erreichen wollen. Wir wissen, dass es unter den heutigen Bedingungen nicht einfach sein wird. Vor allem aber wissen wir, dass wir es nur gemeinsam schaffen können. Wir laden alle ein, mit uns diesen Weg zu gehen.

Man könnte diesen Ansatz *Politics of Commitment* nennen, eine Politik der Verpflichtung und der Selbstverpflichtung. Die CDU will gewählt werden, nicht weil sie allen alles verspricht und dann zuverlässig liefert, sondern weil sie sich den Werten der Menschen verpflichtet weiß und aufgrund langer Erfahrung hoffen lässt, dass sie diese im Alltag besser als andere verwirklichen kann.

Eine solche Re-Orientierung im politischen Stil und in der politischen Kommunikation könnte vielleicht etwas an dem misslichen Eindruck ändern, dass die CDU an Sonntagen die Wertefahnen schwingt und an Werktagen als Wirtschaftspartei erlebt wird. Eine solche Orientierung führt die CDU auch nahe heran an die Frage, worauf es ihr eigentlich letztlich ankommt: auf die Wirtschaft oder auf die Gesellschaft?

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT ODER GESELLSCHAFT?

Diese Frage hat sich lange nicht gestellt, weil sich die Antwort wie von selbst verstanden hat. Mit der CDU kam nach 1945 die Soziale Marktwirtschaft, mit der Sozialen Marktwirtschaft kam der wirtschaftliche Aufschwung und mit dem „Wirtschaftswunder“ hat sich die Gesellschaft stabilisiert und entfaltet. Weil es der Wirtschaft gut ging, ist es dann auch den Menschen und der Gesellschaft gut gegangen. Eine steigende Flut hebt alle Boote. Die Kinder sollten es einmal besser haben, und so war es dann auch. Und gleichzeitig verwies durch den Ost-West-Gegensatz die Frage der Wirtschaftsordnung auf eine sich selbst erklärende Weise immer schon über sich hinaus: Freiheit oder Sozialismus?

Beide Zusammenhänge, die nicht nur für die CDU, sondern für Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt Legitimität geschaffen haben, sind zerbrochen. Das Ende des real existierenden Sozialismus nach 1989 hat auch den ideologischen Mehrwert der Sozialen Marktwirtschaft empfindlich geschwächt, sie ist mitsamt ihrer Legitimitätsfrage nun wieder ganz allein auf sich selbst gestellt. Und die Globalisierung und die Veränderung der

nationalen wie internationalen Finanz- und Arbeitswelt haben dazu geführt, dass sich die enge positive Koppelung zwischen einer guten wirtschaftlichen und einer guten gesellschaftlichen Entwicklung faktisch und im Bewusstsein der Menschen aufgelöst hat. Eine steigende Flut hebt nicht mehr alle Boote. Die Eltern und ihre Kinder wissen, dass diese es einmal nicht mehr automatisch besser haben werden.

Diese Veränderungen berühren den Identitätskern der CDU. Was tun? Sie kann weiter machen wie bisher oder sich daran erinnern, dass sie ja einmal nicht als Wirtschaftspartei gegründet wurde. Sie könnte den Stier bei den Hörnern packen und argumentieren: Die Systemfrage ist entschieden. Es geht nicht mehr um Kapitalismus oder Sozialismus, Markt- oder Zentralverwaltungswirtschaft. Es geht um Alternativen *im Kapitalismus*, um die Zähmung des globalen Kapitalismus. Und die CDU könnte weiter argumentieren und fragen, wieso eigentlich ausgerechnet Konservative dazu kommen, Karl Marx diesen späten Triumph zu gönnen und mit ihm zu glauben, dass mit der Frage nach der richtigen Wirtschaftsordnung auch die Frage nach der guten Gesellschaft entschieden sei.

Das nämlich ist es, was Altsozialisten und Neoliberale eigentlich gemeinsam haben: Den Glauben, dass die Ökonomie das Herz aller Dinge sei und alles andere daraus folge. Für das abendländische politische Denken war dies immer ein eher befremdlicher Gedanke; am Anfang stand die Idee des guten Lebens, einer guten Gesellschaft. Jetzt, da die Systemfrage entschieden ist, könnte die CDU den Schwerpunkt verlagern: Was machen wir eigentlich mit all unserer Freiheit und unserem Wohlstand?

Eine Verlagerung des Schwerpunktes von der Wirtschaft zur Gesellschaft bedeutet natürlich nicht, dass die CDU ihre ökonomische Kompetenz preisgibt oder ordnungspolitisch opportunistisch wird. Eine solche Verlagerung hindert die CDU nicht einmal, ihren Kompetenzvorsprung auf diesem Gebiet personalpolitisch sichtbar zu machen oder bei konkreten Fragen (Mindestlohn) ihre Kompetenz zu beglaubigen. *Von der Wirtschaft zur Gesellschaft* enthält die Botschaft, die ja nicht neu ist für die CDU, nur vielleicht in Vergessenheit geraten: Eine erfolgreiche Wirtschaft ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine gute und erfolgreiche Gesellschaft. Die CDU verlässt sich darauf, dass sie in Sachen Wirtschaft einen Vorsprung vor der SPD hat und behält – und investiert Ideen und Ressourcen in jene Gebiete, auf denen sie bisher eher schwach ist. Eine solche konservative Wende in der Argumentation

erlaubt es, den Primat der Politik wiederzuentdecken und Fragen prominent auf die Agenda zu setzen, die den Menschen wirklich wichtig sind.

Die Frage nach dem Wirtschaftssystem ist entschieden. Jetzt kommt es darauf an, was wir mit unserer Freiheit und unserem Wohlstand machen. Hier öffnet sich ein weites Feld von Themen, von der Lebensqualität in Städten und Gemeinden bis hin zu Familie, Gesundheit und Alter in einer Gesellschaft des langen Lebens. Es eröffnet sich aber auch ein neuer Zugang zu zentralen Kategorien des Selbstverständnisses der CDU: Mitte, Geschlossenheit und Leitkultur.

Von Anfang an hat sich die CDU als *die Volkspartei der Mitte* definiert, und sie hat diesen Anspruch Anfang Dezember 2007 auf ihrem Parteitag in Hannover mit bemerkenswerter öffentlicher Resonanz erneuert. Volkspartei der Mitte, das bedeutete zwanzig Jahre lang (1949 bis 1969) vor allem eine Integration der unterschiedlichen sozialen Gruppen. Es verlangt jetzt zusätzlich, und das macht die Sache schwieriger, auch eine Integration der verschiedenen Lebensstile und Lebensformen. Zum anderen ist die Mitte nicht länger eine stabile soziale gesellschaftliche Lage, auf die die CDU sich fast blind bei Wahlen verlassen könnte, sondern ein dynamischer Prozess mit der Hoffnung auf Aufstieg und der Angst vor dem Absturz. Wer gehört zur Mitte und was kann man tun, dass der so genannte Mittelstand nicht durch Steuer- und Abgabenlasten, globale Konkurrenz und sinkende heimische Nachfrage in eine prekäre Situation kommt – und dass auf der anderen Seite der Aufstieg in die Mitte offen bleibt und Talente nicht versickern? Die Mitte, einst eine „Bank“ für die CDU, wird zu einer politischen Aufgabe mit offenem Ausgang. Die Mitte selbst, auch die so genannte bürgerliche Mitte, ist außerdem in sich vielgestaltig, kein homogener, geschlossener Block. Es ist gut und Erfolg versprechend, dass die CDU nach ihrem Leipziger Parteitag und nach der jüngsten Entwicklung der SPD den Anspruch der Mitte erneuert. Es ist allerdings auch ein Anspruch, der nicht zur Bequemlichkeit, sondern zur konzeptionellen Anstrengung einlädt.

Das lenkt die Aufmerksamkeit auf einen anderen wichtigen Punkt: die Einheit und Geschlossenheit der CDU. Das Argument ist bekannt, es wurde schon vor Jahrzehnten von einer zu Recht berühmten Demoskopin prominent vorgetragen: Erfolg bei Wahlen hat die CDU nur, wenn sie einig und geschlossen ist. Das war die Botschaft, deren andere Melodie nicht verborgen blieb: Diskussionen schaden der Partei. Wer sich über

Optimierungsmöglichkeiten für die christliche Demokratie Gedanken macht, muss die richtige Balance zwischen Geschlossenheit und Vielfalt thematisieren. Es gibt eine Geschlossenheit, die eine Partei langweilig macht. Und es gibt Diskussionen, die eine Partei lebendig und attraktiv machen. Und es gibt Diskussionen, die ein negatives Echo finden, weil sie nur der persönlichen Profilierung dienen.

Man kann an einem positiven Beispiel illustrieren, wie es der CDU gelungen ist, in einem wichtigen Feld über Jahre hinweg die richtige Balance zwischen Offenheit und Geschlossenheit und schließlich einen neuen Konsens zu finden, der nach vorne weist, aber anschlussfähig ist an die Tradition. Seit 1975, als in der Mannheimer Erklärung die CDU zum ersten Male von Gleichberechtigung, Wahlfreiheit und Partnerschaft im Zusammenhang mit einer modernen Familienpolitik sprach, über den Essener Parteitag im Jahre 1985, der sich mit der veränderten Rolle der Frau befasste, bis hin zum neuen Grundsatzprogramm im Jahre 2007 gab es in der CDU eine durchgehende Kontinuität und einen breiten Konsens, was die Familienwerte betrifft, aber durchaus unterschiedliche Meinungen, welche konkrete Politik daraus abzuleiten ist. Dass der CDU letztendlich in der Familienpolitik beides gelungen ist, Kontinuität und Wandel, hängt auch damit zusammen, dass der Gedanke der Geschlossenheit nicht vorschnell als Guillotine niederging über notwendige Diskussionen und dass führende Politiker der CDU darauf verzichtet haben, sich selbst mit Ressentiments gegen die neue Familienpolitik zu profilieren. Das war ein gutes Beispiel für eine allgemeine Regel: So wichtig Einheit und Geschlossenheit (als Gegenbild zur Zerstrittenheit) für den Erfolg auch sind, so wichtig ist der kreative Umgang mit sozialem Wandel und gesellschaftlicher Vielfalt.

Damit ist der dritte Punkt angesprochen: Was macht bei all der Vielfalt in Partei und Gesellschaft noch den Zusammenhalt und das Verbindende aus? Das neue Grundsatzprogramm der CDU hat eine weise und kluge Formel gefunden. Es spricht von einer „Leitkultur in Deutschland“. Das ist etwas anderes als eine „deutsche Leitkultur“. Was eine Partei und eine Gesellschaft verbindet, sind Herkunft und Zukunft, Grundlagen und Ziele. Deshalb bleiben die Besinnung auf das Menschenbild und die Arbeit an den Grundwerten wichtig. Das schließt auch ein, dass bestimmte Dinge nicht verhandelbar sind. In diesem Zusammenhang kann man auch durchaus den Begriff der „wehrhaften Demokratie“ wiederentdecken. Der entscheidende Punkt ist nur, dass die kulturelle Konfliktlinie nicht

zwischen Deutschen und Ausländern verläuft, sondern zwischen denen, die Demokratie, Rechtsstaat und Zivilisation bejahren und denen, die sie bekämpfen. Der Boden der Leitkultur in Deutschland ist nicht nur für Deutsche bereitet, und die CDU war von Anfang an ein offenes Haus mit vielen Wohnungen, künftig auch mehr als bisher für Wähler und Mitglieder mit Migrationshintergrund, welche die Werte und Ziele der CDU bejahren.

Was hält eine Partei, eine Gesellschaft zusammen? Es sind nicht nur die Werte, es sind vor allem auch die Ziele, es ist die gemeinsame Zukunft, auf die hin Menschen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund doch gemeinsam arbeiten können. Die Koordination der Verschiedenen auf ein gemeinsames Ziel hin wird zu einer Kunst, die über den Erfolg eines Bundesligavereines, eines Unternehmens, eines Landes und eben auch einer politischen Partei entscheidet. Die CDU steht heute vor einer Aufgabe, die so wichtig ist wie jene nach 1945, als sie Katholiken und Protestanten vereint hat in einer Partei neuen Typs, in der ersten Volkspartei der deutschen Geschichte. Volkspartei ist man nicht einmal und bleibt es dann für alle Zeiten. Es ist, wie weiland der Sozialismus, eine dauernde Aufgabe. CDU (und CSU) freilich haben gute Chancen, bessere als andere, als Volkspartei auch die Zukunft zu gestalten.

1/ In diesem Beitrag bleiben wichtige Aspekte wie die Benutzung neuer Medien zur internen und externen Information und Kommunikation oder auch Aspekte der innerparteilichen Demokratie (z.B. Direktwahl der Kandidaten und Landeslisten durch die Mitglieder) unberücksichtigt.